

dern auch berufsimmanent und von einem starken Berufsethos getragen ist. Es war dabei allen gesellschaftlichen Akteuren zu jeder Zeit klar, dass die Polizei und die übrigen Sicherheitsbehörden diese Schutzfunktion nur wahrnehmen können, wenn sie mit gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten. Dies galt nicht nur aber auch für den technologischen Fortschritt. Dieser gesellschaftliche Konsens wurde von Teilen der Bevölkerung und der in den Parlamenten vertretenen Parteien aufgegeben und mit einer teilweise schwer zu ertragenden Debattenkultur überdeckt, die auch in der medialen Aufbereitung nüchterne Sachargumente regelmäßig unterdrückt. Wie schief die gesellschaftlichen Diskussionslinien verlaufen, zeigen einige Beispiele außerhalb der staatlichen Bereiche:

- » In KEINEM großen Kaufhaus und nur einem geringen Teil kleiner Geschäfte ist ein Einkauf möglich, ohne videographiert zu werden. Gleiches gilt für die Tankstellen.
- » Ein soziales Leben in sozialen Netzwerken ist ohne umfangreiche Preisgabe persönlicher Daten ausgeschlossen.
- » Die (vollumfängliche) Nutzung eines Smartphones ohne Preisgabe persönlicher Daten ist ausgeschlossen.
- » Google, Amazon, Facebook und Co. sind die größten privaten Datensammel-, -analyse und -vermarktungskonzerne der Welt. Ihre Nutzung kann Demokratien beeinflussen. Jeder von uns nutzt sie. Täglich.

Wenn hingegen Ermittlungsbehörden darauf drängen, endlich wieder Telefongespräche von Tatverdächtigen abhören zu dürfen, so wird von einigen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien nur deswegen der Überwachungsstaat ausgerufen, weil der technologische Fortschritt zwischenzeitlich dafür gesorgt hat, dass ein Großteil der Gespräche kryptiert stattfinden.

Bei alledem stehen wir vor dem Dilemma, dass die Debatten durch eine Asymmetrie der Diskussionsparteien geprägt sind. Während die einen - zuweilen faktenfrei - ihre Argumente mit Behauptungen, Thesen und vermeintlichen Zusammenhängen untermauern, dürfen die Ermittlungsbehörde und Nachrichtendienste sich nicht aktiv mit ihrem Wissen in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen. Sie sind durch Geheimhaltungszwänge und Dienstpflichten daran gehindert.

Ich habe nur einige wenige gesellschaftliche Phänomene oberflächlich angerissen. Selbstverständlich habe ich weder die Themen noch die Tiefe der Darstellung auch nur ansatzweise erschöpfend abgebildet.

Vielmehr wollte ich aufzeigen, dass es für die Sicherheitsbehörden viele soziale Phänomene gibt, bei denen wir bei der Analyse der Ursache jeweils auf gesellschaftliche Dysbalancen stoßen - in unterschiedlichen Ausprägungen und verschiedenen Wirkungszusammenhängen. Es lohnt also den Blick hierfür zu schärfen und genau diejenigen kriminalpolitischen Optionen als Lösungsstrategien zu favorisieren, die geeignet sind, einen Beitrag zur sozialen Ausgewogenheit zu erbringen.

## Kriminalpolitische Konzepte

Der BDK steht seit jeher - seit nunmehr 50 Jahren - für eine ganzheitliche Kriminalpolitik, bei der die Polizei häufig nur einen Teil zur Problemlösung oder zur Verhinderung von Kriminalität beitragen kann. Kriminalpolitik findet nicht nur im Innenressort statt. Kriminalpolitik funktioniert heute und in Zukunft nicht nur ressortübergreifend - das ist die horizontale Betrachtung - sondern auch vertikal vernetzt, also von der Kommune über das Land, den Bund bis zur EU. Zeitgleich muss sie andere gesellschaftliche Akteure mit einbeziehen. Insoweit waltet der BDK schon von seiner Grundausrichtung her mit Konzepten auf, die sich bei den o. g. Problemfeldern als strategische Lösungswege aufdrängen.

Zur nachhaltigen Bekämpfung von Kriminalitätsphänomenen und zur Verhinderung von Kriminalität, die von besonders devianten Subkulturen ausgeht, benötigen wir ausgezeichnete kriminalstrategische Konzepte. Wir werden daher auch in den kommenden 50 Jahren unserer Verantwortung gerecht werden, indem wir einerseits für gute Rahmenbedingungen unserer Arbeit streiten und andererseits kriminalpolitischer Berater, Kritiker und Mahner sein werden. Rechnen Sie mit uns und zählen Sie auf uns.

Ihr



Sebastian Fiedler  
Landesvorsitzender des BDK NRW



Sebastian Fiedler

# Gesellschaft aus der Balance - Kriminalpolitik gestalten

Der Wahl unseres Veranstaltungsmottos gingen viele Diskussionen voraus. Gingen wir den Ursachen vieler Kriminalitätsphänomene auf den Grund, so kamen wir doch immer auf gesellschaftliche Zustände und Entwicklungen oder aber kriminalpolitische Zusammenhänge, die sich mit der letztlich gefundenen Überschrift exzellent umschreiben ließen. Wir wollen sie im Rahmen unserer Fachveranstaltung nun mit Leben füllen und aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten. Einige der Überlegungen greife ich heraus und umreiße sie in zwei kurzen Blöcken:

- » Gesellschaftliche und kriminalpolitische Beobachtungen
- » Kriminalpolitische Konzepte

Voranstellen möchte ich jedoch die Frage danach, was eigentlich eine Gesellschaft - aus der Perspektive der Kriminalpolizei - in der Balance hält bzw. sie aus dem Gleichgewicht bringt. Was ist der Kit einer Gesellschaft? Ist es ein sozial ausgewogenes Verhältnis der gesellschaftlichen Gruppen, soziale Teilhabe aller, eine faire oder zumindest nicht zu ungleiche Verteilung des Vermögens, wirtschaftliche Prosperität, guter Zugang aller zu Bildung und zu objektiven Informationen oder sind es außenpolitisch friedvolle Zeiten? Sie bemerken, dass sich diese Liste als eine Aufzählung von potentiellen Einflussfaktoren auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter fortsetzen ließe. Vollkommen unabhängig von der Bewertung der einzelnen Faktoren gilt jedenfalls, DASS sie einen Einfluss auf das Gleichgewicht einer Gesellschaft haben. Dass dieses - vielleicht nur beschreibbare und nur schwer messbare - Gleichgewicht wiederum nicht ohne Einfluss auf die Entstehung von Kriminalität ist, sollte ebenfalls unstrittig sein.

## Gesellschaftliche und kriminalpolitische Beobachtungen

Insbesondere aus dem politischen Blickwinkel waren die im Jahr 2015 einsetzenden Migrationsbewegungen sicher das dominierende gesellschaftliche Thema - bis heute.

Eine zunächst ausschließlich mit europafeindlicher und nationalistischer Programmatik an den Start gegangene Partei setzte kurzerhand auf die wirkungsmächtigen Schlagworte „Flüchtlinge“, und „Asylanten“ sowie auf eine angeblich durch die Bundeskanzlerin geöffnete Grenze. Sie zog in die Parlamente ein und versammelt bis heute eine beachtliche Anzahl an Wählerstimmen hinter sich.

Diese Entwicklungen hatten nachhaltigen Einfluss auf die fortan geführten gesellschaftlichen Debatten sowie die politischen Diskussionen und Entscheidungen. Die politischen Ränder erstarkten. Zeitgleich stiegen in mehreren europäischen Staaten rechtspopulistische, nationalistische Parteien deutlich in der Wählergunst. Staaten wie Ungarn oder Polen geraten seither nicht nur aufgrund ihrer rechtsnationalen Regierungen in den Blick, sondern weil sie - Mitten in Europa - wichtige und für selbstverständlich erachtete rechtsstaatliche Prinzipien ins Wanken bringen. Aus deutscher Sicht führt dies zum Beispiel in Ungarn aktuell zu absurd anmutenden Gerichtsverfahren, in denen deutsche Staatsbürger schlicht enteignet werden. Die wohl tiefgreifendste und einschneidendste Entwicklung in Europa ist zugleich beispiellos. Der Brexit. Als Ausfluss einer zutiefst unterschätzten populistischen Kampagne hinterließen tendenziell ältere Bevölkerungsteile den jungen Genera-

tionen eine wahre Bürde. Wussten alle Wähler wirklich was sie taten?

Auch die sicherheitspolitischen Auswirkungen sind für uns alle bis heute spürbar. Diskussionen über offene oder geschlossene Grenzen in Europa werden insbesondere aus einer ausschließlich im Süden der Republik wählbaren Partei immer wieder befeuert und durch Schaffung einer bayerischen Grenzpolizei auch in tatsächliches politisches Handeln umgesetzt.

Wie verhält es sich nun mit den Zusammenhängen zwischen Migration und Kriminalität? Während viele Kriminologen stets darauf verweisen, dass Ethnie und Herkunft keine Relevanz für das Entstehen von Kriminalität haben, erscheint mir das Bemühen dieser Forschungsergebnisse in diesem Zusammenhang wenig hilfreich. Zum einen wissen wir, dass sich unter den Migranten überproportional viele junge Männer befinden. Zum anderen lassen Erkenntnisse über Traumatisierung, Gewalterfahrung, Sozialisation, Erziehung, Armut und das Verhältnis der Bevölkerung zu den staatlichen Institutionen der Heimatländer durchaus Rückschlüsse auf eine erhöhte Devianz spezifischer Migrantengruppen zu. Schon 2015 haben wir darauf verwiesen, dass diesen erkennbaren Risiken sowohl präventiv als auch konsequent repressiv begegnet werden muss. Insbesondere bezogen auf traumatisierte Menschen könnten wir in Deutschland viel klüger agieren. Menschen mit traumatischen Erlebnissen geben ihre psychischen Probleme sehr häufig über mehrere Generationen weiter. Deutschland hat hier nach dem Zweiten Weltkrieg bereits reichlich schlimme Erfahrungen sammeln müssen. Ich kann mich nur wundern, dass das noch immer ein Tabu zu sein scheint. Eine offene Diskussion hat hierüber noch nicht stattgefunden. Kriegsflüchtlinge benötigen Therapien nicht nur, aber auch, weil dadurch Opfer verhindert werden.

Richtig Fahrt nahmen die innenpolitischen Diskussionen erst mit der Silvesternacht des Jahres 2015 auf. Diese Nacht war in vielerlei Hinsicht eine Zäsur. Alle Augen richteten sich buchstäblich von einem Tag auf den anderen auf den Zustand der staatlichen Sicherheitsorgane und die Frage, wie es hatte passieren können, dass es in einer Nacht zu einer derart dramatischen Anzahl von Opfern kommen konnte. Die Rede war vom Staatsversagen. Nachdem zunächst vergessen schien, wer die Verantwortung für den Zustand der Polizei und die Schwächen des Rechtsstaats trägt, überboten sich in der Folge die Parteien scheinbar im Wettstreit um die besten innenpolitischen Konzepte.

Bezogen auf Teile der bei uns lebenden oder kurz zuvor zugewanderten Nordafrikaner traten erstmals seit langer Zeit Probleme mit Subkulturen unserer Gesellschaft zutage, d. h. sie konnten fortan einigermaßen deutlich, klar und offen angesprochen werden.

Das war jedoch nicht das einzige Mal, dass über 50 Jahre nach ihrer Entstehung die soziologischen Subkulturtheorien der Chicagoer Schule Erwähnung im kriminalpolitischen Diskurs fanden. Kriminelle Rockergruppen, die Mafia, Clanstrukturen, osteuropäische Zuwanderer, die in Schrottimmobilen leben, der Salafismus und der Rechtsextremismus sind nur einige höchst unterschiedliche Beispiele für Teil- oder Subkulturen, die sich mitten in unserer Gesellschaft über viele Jahre ausgebildet haben. Sie haben eigene Normen- und Wertesysteme etabliert und geraten daher geradezu zwangsläufig in Konflikt mit dem deutschen Rechtsstaat. Aus der Entstehungsgeschichte der Mafia können wir lernen, dass sich kriminelle Subkulturen immer dort besonders stark ausbreiten und in der Gesellschaft parasitär festsetzen, wo der Staat schwach ist.

Was es bedeuten kann, wenn die staatliche „Immunabwehr“, also die Sicherheitsorgane, nicht hinreichend gut aufgestellt sind, ist uns nirgendwo drastischer vor Augen geführt worden, als beim Fall des NSU. Zahlreiche Untersuchungsausschüsse später, stellen wir fest, dass die deutsche Politik - von Sonntagsreden abgesehen - nur eingeschränkt bereit ist, nachhaltige Konsequenzen aus diesen Ereignissen zu ziehen. Einige der Empfehlungen der Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages lauteten:

- » Der Informationsaustausch zwischen Polizei und Justiz muss verbindlicher werden.
- » „Interkulturelle Kompetenz“ muss Pflicht in der Polizeiausbildung sein
- und
- » die Vielfalt der deutschen Gesellschaft sollte sich auch in der Polizei widerspiegeln.

Der nordrhein-westfälische Ausschuss ist teilweise konkreter geworden und forderte u. a.:

„Da Gewaltdelikte mit rechtsextremistischem Hintergrund in der Regel in dem für das Delikt zuständigen Kommissariat einer Polizeibehörde und nicht in der Staatsschutzabteilung bearbeitet werden, ist eine Sensibilisierung der Polizei, insbesondere der Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten, auf das Erkennen rassistischer und rechtsextremistischer Motive durch eine veränderte Ausbildung und eine verpflichtende Fortbildung erforderlich. In diesem Rahmen müssen ihnen auch Kenntnisse über die Arbeitsweise und die Aufgaben des Verfassungsschutzes übermittelt werden.“

In diesem Aufsatz möchte ich die Bewertung der Qualität des Umsetzungsstandes dieser Handlungsempfehlungen gern Ihnen überlassen.

Es ist nur etwas mehr als eine Woche her, dass wir in Chemnitz erleben mussten, was es bedeuten kann, wenn eine Gesellschaft aus dem Gleichgewicht gerät und wohin sie sich bewegen kann, wenn auf kriminalpolitische Warnrufe, Ratschläge und strategische Konzepte von Fachleuten nicht frühzeitig mit konsequenten Entscheidungen reagiert wird. Inzwischen unübersehbar, gibt es Teile der Gesellschaft, in denen Rassismus und Antisemitismus salonfähig sind. Dies bildet den Nährboden für Rechtsextremismus und politisch motivierte Kriminalität. Rechtsextreme Straftäter verspüren - für sie nachvollziehbar - von Teilen der Bevölkerung eine Form der Rückendeckung und rechtfertigen dadurch ihre Straftaten vor sich selbst.

Es gibt ein weiteres, aus Sicht der Sicherheitsbehörden sehr relevantes Thema, das Teile der Gesellschaft entzweit und zu teilweise heftigen Reaktionen führt. Es ist dazu geeignet, linksextremistische, verfassungsfeindliche Gesellschaftskreise mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zumindest zeitweise zu vereinen: Das vermeintliche Dilemma mit der Freiheit und das stetig bediente Bild von der Waage, auf dem sich die Sicherheit auf der einen und die Freiheit auf der anderen Seite der Waage befindet. Das Bild ist natürlich unpassend. Es ist zudem unvollständig und schief. Weder schränkt eine Erhöhung der Sicherheit zwingend Freiheitsrechte ein, noch sorgen Freiheitseinschränkungen kausal für mehr Sicherheit.

Aber darum geht es vielen politischen Akteuren auch gar nicht. Ideologie und Popanz stehen nicht selten im Vordergrund. In Wahrheit geht es bei diesem Thema in aller Regel um ein äußerst geschicktes politisches Campaigning. Der ehemalige Kampagnenchef von Greenpeace, Andreas Graf von Bernstorff, hat das in einem Einführungsbuch hervorragend beschrieben. Zwei der Erfolgskriterien einer erfolgreichen Kampagne liegen in der Wahl eines klaren Feindbildes und in einem geschickten Besetzen von Themen mit Begriffen. Die Feindbilder sind klar. Mal sind es die Polizei oder die Nachrichtendienste, mal sind es die jeweiligen Politiker oder Parteien, die sich für ein bestimmtes Gesetz stark machen. Die Begriffe wurden geschickt besetzt: Vorratsdaten, Generalüberwachung, Überwachungsstaat, Generalverdacht. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Das Ergebnis dieser Debattenkultur ist jedoch ein aufgebener, unausgesprochener gesellschaftlicher Konsens. Es war viele Jahrzehnte klar und selbstverständlich, dass sich die Polizei nach Kräften bemüht, Opfer zu verhindern und Tätern das Handwerk zu legen. Bezogen auf die Kriminalpolizei würde ich anfügen, dass diese Berufsmotivation nicht nur ehrenwert, son-